

Zeitschrift: Protar
Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes
Band: 13 (1947)
Heft: 1-2

Rubrik: Berichterstattung aus der Bundesversammlung = Compte-rendu des débats de l'Assemblée fédérale

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

personnes convoquées et sans prendre part en quoi que ce soit à l'exercice. C'est du reste lui qui alerta le poste permanent, ce qui prouve que lui non plus n'avait abandonné la lutte contre le feu. Mentionnons encore en passant que le défenseur de H. et O. B. avait cru de son devoir de dresser un réquisitoire contre les quatre co-accusés, réquisitoire injuste et dépassant en sévérité celui même du procureur de district.

Le tribunal acquitta trois des accusés, écarta pour tous la violation de prescriptions de service,

mais condamna pour homicide et lésions corporelles par négligence le Lt. D., ainsi que les deux chefs du matériel J. B. et H., resp. à 6 et 3 mois de prison, tout en leur accordant le sursis pendant trois ans. Au moment où nous écrivons ces lignes, les considérants du jugement n'ont pas encore été rendus publics. Nous avons déjà dit dans notre article précédant que les trois accusés ont interjeté appel et que le tribunal a donné suite à la proposition de maître Sassella de renvoyer le dossier au juge d'instruction.

Berichterstattung aus der Bundesversammlung

Aus der Tagespresse ist unsern Lesern bekannt, dass der Voranschlag der Eidgenossenschaft für 1947, bevor er seine endgültige Gestalt annahm, wiederholt durchgekämmt wurde; die Departementschefs als erste, dann der Gesamtbundesrat, die Finanzkommission des Nationalrats, wiederum der Bundesrat und schliesslich Nationalrat und Ständerat selbst, als endgültig entscheidende Behörde, haben die von den Verwaltungsabteilungen berechneten Ausgabenposten so viel wie möglich gekürzt, um das Budgetdefizit zu reduzieren. Was die Verschuldung des Bundes angeht, so darf immerhin mit dem Präsidenten der nationalrätlichen Finanzkommission, Herrn Dr. Meierhans, festgehalten werden, dass ihre Bedeutung nicht zu übertreiben ist. Es handelt sich um keine Schuld an das Ausland; was der Bund an Anleihen schuldet, bedeutet gleichzeitig ein Vermögenswert der einheimischen Inhaber der Bundesanleihen.

In Bezug auf das *Budget der A+L* darf bemerkt werden, dass daran keine Abstriche mehr vorgenommen worden sind. Es wäre dies in der Tat auch kaum möglich gewesen, war es doch schon für 1946 auf Grund der Beratungen der seinerzeitigen Luftschutz-Spezialkommission auf das allernotwendigste herabgesetzt worden. Gegenüber der Rechnung von 1945 mit 9 906 966.66 Fr. Ausgaben und dem Voranschlag für 1946 mit 1 979 072 Fr. betragen die mutmasslichen Ausgaben für 1947 noch 1 938 092 Franken, wovon 536 135 Fr. auf die Verwaltung, 185 462 Fr. auf die Ausbildung der Truppe, 612 292 Franken auf Materialwartung und Werkstätten, 502 817 Fr. auf zivile Schutzmassnahmen und 101 386 Fr. auf Ausgaben entfallen, die irgendwie vom Aktivdienst herrühren.

Im Gegensatz zu andern Abteilungen des EMD. ist für die ausserdienstliche Tätigkeit kein Beitrag vorgesehen. Erstmals geht die *Materialbeschaffung* nicht mehr zu Lasten der A+L. Die Ausgaben für Versuche und Modelle, für Bekleidung und Ausrüstung und für Korps- und Schulmaterial sind nämlich im Zuge der Vereinfachung und Vereinheitlichung des Rechnungswesens des EMD. unter den

Krediten der Kriegstechnischen Abteilung vorgesehen. Wie hoch sie im einzelnen sind, ist aus der Budgetbotschaft nicht zu ersehen. Die *ordentliche Verwaltung* der A+L ist noch mit 27 Beamten und 23 Angestellten ins Budget eingesetzt (1945: 28 + 36; 1946: 27 + 30). Dazu kommen für die *Materialverwaltung* zwei Beamte, zwei Angestellte und sieben Arbeiter (1945 und 1946 gleichviele), und auf dem Konto Aktivdienst elf Angestellte und vier Arbeiter (1945: 26 + 4; 1946: 8 + 5). Es ist übrigens vorgesehen, diesen Bestand nach Massgabe der erledigten Arbeiten abzubauen, bzw. so weit noch nötig, in die ordentliche Verwaltung überzuführen.

Beim Abschnitt «*Ausbildung der Armee*» ist der Posten für ausserordentliche Instruktoren von 20 000 Fr. im Budget 1946 für 1947 herabgesetzt worden auf 6000 Fr., da es, so lesen wir in den Erläuterungen, möglich sein wird, in vermehrtem Masse Beamte der Abteilung als Lehrer in Schulen und Kursen zu verwenden, was übrigens schon 1946 der Fall war. Dagegen ist erstmals ein Kredit von allerdings nur 1600 Fr. für die *Ausbildung von Fachpersonal im Ausland* vorgesehen. Die Botschaft des Bundesrates bemerkt hiezu: «Zugegangenen Meldungen ist zu entnehmen, dass im Ausland die Luftschutzmassnahmen weitergeführt werden. Es ist namentlich damit zu rechnen, dass Instruktionkurse aller Art zur Durchführung gelangen, in denen die in den Kriegsgeländen gemachten Erfahrungen berücksichtigt werden. Um Erfahrungen zu sammeln, ist es wichtig, dass Beamte der Abteilung für Luftschutz an derartigen Kursen, und soweit erforderlich, an Besichtigungen im Ausland teilnehmen können.» Bei den *Schulen und Kursen* sind 39 375 Fr. für RS. und 98 533 Fr. für Fachkurse für Uof. und Of., sowie für einen Zentralkurs und Instruktionsrapporte vorgesehen. Es ist klar, dass vorgängig der RS. das Kader, das zum Teil schon lange keinen Dienst mehr geleistet hat, mit den neuen Erkenntnissen vertraut gemacht werden muss. Leider ist bei der einzigen RS., die 1947 stattfinden wird, kein Kredit für Munition eingesetzt.

Den Hauptposten bei *Material und Werkstätten* nehmen mit 450 000 Fr. die Entschädigung für die Lagerung und Wartung des Luftschutzmaterials, sowie der Unterhalt der Luftschutzbauten innerhalb der örtlichen Luftschutzorganisationen ein. Im Voranschlag für 1946 war für die Entschädigung an Dritte nur ein Kredit von 57 000 Fr. vorgesehen, in der Annahme, dass der Unterhalt des Materials und der Luftschutzbauten durch Luftschutzangehörige erfolgen könne, die zu diesem Zwecke aufgeboten werden sollten. «Diese Art der Entschädigung», lesen wir in der Botschaft, «hat sich in der Folge nicht nur als ungenügend, sondern für die Gemeinden als unhaltbar erwiesen. Schon mit Beschluss vom 14. Juni 1946 ordnete der Bundesrat an, dass der Bund weitergehende Verpflichtungen zu übernehmen habe als bei der Aufstellung des Voranschlages angenommen wurde. Bis zur vorgesehenen Neuordnung des Luftschutzes muss wieder an die Vorkriegsordnung angeknüpft werden, da diese gesetzliche Grundlage des Bundes keine Aenderung erfahren hat. Dieser Standpunkt wird zudem auch von der Luftschutz-Sonderkommission eingenommen.»

Bei den *zivilen Schutzmassnahmen* erwähnen wir zunächst einen bescheidenen Kredit von 3000 Franken für die *Aufklärung der Bevölkerung*; infolge der Auflösung des Schweiz. Luftschutzverbandes, dem bekanntlich die Durchführung des Aufklärungs- und Pressedienstes übertragen war, muss nun diese Aufgabe durch die A+L selbst weitergeführt werden, wobei auch das zum Teil veraltete Demonstrationsmaterial ergänzt und neu zusammengesetzt werden muss.

Umbauten in den Anlagen der Telephonverwaltung machen *Aenderungen im Alarmnetz* notwendig. «Da es sich um Arbeiten und Aufwendungen handelt, die durch eine Verwaltungsstelle des Bundes veranlasst werden, kann man den Gemeinden nicht zumuten, die dadurch entstehenden Ausgaben für notwendige Aenderungen im Alarmnetz des Luftschutzes auf sich zu nehmen», bemerkt der Bundesrat zur Begründung dieses Kredites von 60 000 Fr. Fragen könnte man sich unseres Erachtens allerdings, ob diese Ausgaben nicht der PTT-Verwaltung hätten belastet werden können. Ferner wird für das Jahr 1947 mit einem *Probealarm* samt Messungen an den Apparaten usw. gerechnet; andernfalls müssten die bestehenden Alarmanlagen demontiert werden, um ihre vollständige Zerstörung zu vermeiden.» Im weitem ist ein Kredit von 5600 Fr. für Einführungskurse für die von den Kantonen gemäss den Vorkriegsbestimmungen wieder zu ernennenden kantonalen Luftschutzleitern und Fachleuten vorgesehen. Diese haben die Arbeit weiterzuführen, welche während des Aktivdienstzustandes die Ter.-Lof. leisteten; sie haben also den Kontakt zwischen der A+L und den luftschutzpflichtigen Gemeinden und Betrieben herzustellen.

Einen wesentlichen Posten im zivilen Luftschutz, 200 000 Fr., nimmt der Bundesbeitrag an die *Erstellung von privaten Luftschutzbauten* ein. Der

Bundesbeschluss vom 18. März 1937 verpflichtet den Bund zu solchen Leistungen nicht nur im Kriegsfall, sondern auch während der Friedenszeit. Es muss damit gerechnet werden, dass bei der Erstellung von Neubauten Schutzräume projektiert werden.

Ein neuer Ausgabenposten ist vorgesehen für die *Betriebsfeuerwehren der Eidg. Militäranstalten*, und zwar 234 217 Fr. Die Begründung liegt darin, dass die Militäranstalten, als Versicherungsnehmer bei den kantonalen Gebäudeversicherungsanstalten, gleich andern Grossbetrieben zur Bereitstellung von Brandbekämpfungsmitteln und zur Ausbildung von Betriebsfeuerwehren verpflichtet sind. Da deren Aufgaben in Friedenszeiten grundsätzlich denjenigen der Luftschutzfeuerwehren in Kriegszeiten entsprechen, hat das Eidg. Militärdepartement bereits am 20. Februar 1946 verfügt, dass die Betriebsfeuerwehr und die Luftschutzfeuerwehr in ein und derselben Organisation zusammenzufassen sind, wobei im Hinblick auf die Aufgaben der Betriebsfeuerwehren im Kriegsfall die A+L mit der Durchführung dieser Massnahmen beauftragt wurde. Es handelt sich also nicht um neue oder vermehrte Aufwendungen, sondern nur um eine Verschiebung der Budgetlasten von einem Konto des EMD. auf das andere.

Aus der *allgemeinen Diskussion*

um das Militärbudget erwähnen wir, dass vor allem die Abhaltung der *Wiederholungskurse* der Armee umstritten war. Von einer nicht unbeträchtlichen Minderheit in beiden eidgenössischen Räten war die Streichung des betreffenden Kredites gefordert worden; die Mehrheit begnügte sich aber, im Einverständnis mit Bundesrat und Landesverteidigungskommission, die Dauer der WK. von den gesetzlichen drei auf zwei Wochen herabzusetzen. Für die Luftschutztruppe war von vornherein auf die WK. verzichtet worden.

Von *andern Militärvorlagen* ist zu sagen, dass die Beratung über die teilweise Aenderung der *Truppenordnung* noch nicht abgeschlossen wurde. Wir haben schon in Nr. 10 der «Protar» darauf hingewiesen, dass diese den Luftschutz nur im Sinn einer Sonderregelung erwähnt, materiell aber noch nicht berührt. Die Teilrevision des *Verwaltungsreglements* bezweckt die Ueberführung der Kriegsnotbestimmungen in das ordentliche Recht. Sie enthält namhafte Verbesserungen. Nebenbei bemerkt: Das Reglement lag im vollen Wortlaut den Räten und damit auch der Öffentlichkeit vor; vielleicht veranlasst dies den einen und andern allzu ängstlichen Kameraden von der Kornähre, die IVA. mit etwas weniger Geheimnis zu umgeben. Materiell hatte das Parlament nur die Zustimmung zur Vorlage als ganzes zu geben; es geschah dies oppositionslos, aber mit der Bemerkung, dass sich eine Totalrevision aufdränge.

Schliesslich nennen wir noch einen Vorstoss von Herrn Nationalrat Anderegg aus St. Gallen zu-

gunsten der *Schaffung von neutralisierten Ortschaften* in einem künftigen Krieg, um der Zivilbevölkerung international Schutzmöglichkeiten zu gewähren. Der Gedanke ist nicht neu. Schon im letzten Krieg war die Rede von den sogenannten «*Lieux de Genève*», die diesen Zweck verfolgen sollten. Der Gedanke ist humanitär wertvoll, und es wurde deshalb auch das entsprechende Postulat

angenommen. Ob es sich international verwirklichen lassen wird, halten wir für sehr unsicher. Bekanntlich waren schon 1914—1918 und vor allem 1939—1945 die Installationen des Roten Kreuzes keineswegs gegen militärische Aktionen gesichert. Der Krieg lässt sich schwerlich humanisieren, sondern nur überhaupt bekämpfen.

Lt. Eichenberger.

Compte-rendu des débats de l'Assemblée fédérale

Rarement, un budget de la Confédération a été remanié autant que celui de l'année 1947, mais les Chambres ont réussi à comprimer considérablement les dépenses et à réduire en conséquence le déficit présomptif. Il est vrai cependant que beaucoup de dépenses n'ont été que renvoyées à plus tard.

En ce qui concerne le *budget du S.+P. A.*, les commissions des finances des deux Chambres n'auraient guère pu trouver un chapitre d'où retrancher encore une somme notable. En effet, la commission spéciale extraordinaire pour la P. A. qui avait fonctionné il y a un an, a déjà accompli un travail consciencieux, distinguant les dépenses indispensables de celles qui ne le sont pas. C'est pourquoi le budget de P. A. a été adopté tel qu'il avait été présenté par le Conseil fédéral. Si les comptes de 1945 se chiffraient encore à fr. 9.906.966,66, le budget de l'année 1946 fut réduit à fr. 1.979.072, et celui de 1947 à fr. 1.938.092. Fr. 536.135 en sont réservés pour les besoins de l'administration, fr. 185.462 pour l'instruction de la troupe, fr. 612.292 pour l'entretien et le magasinage du matériel, fr. 502.817 pour la protection de la population et fr. 386.000 sont destinés à des dépenses résultant du dernier service actif. Pour la première fois, aucun crédit ne figure au budget pour l'achat de matériel; car parallèlement aux mesures de simplification et d'unification introduites dans le service de la comptabilité du Département militaire, les dépenses pour les essais de tout genre, pour l'habillement et l'équipement et pour le matériel de corps et d'école sont portées aux crédits respectifs des Services techniques militaires.

Entrant dans le détail de quelques dépenses pour l'instruction de la troupe, nous constatons que les crédits pour les instructeurs extraordinaires ont été réduits de fr. 20.000 à fr. 6000, un plus grand nombre de fonctionnaires du S.+P. A. pouvant être employés comme instructeurs dans les écoles et cours. Par contre, un modeste crédit est ouvert pour envoyer un personnel spécialisé en stage à l'étranger; le Conseil fédéral constate dans son message que les gouvernements étrangers poursuivent leurs préparatifs en matière de protection antiaérienne et qu'il importe pour nous en conséquence de nous documenter sur place. Fr. 39.375 sont affectés aux

écoles de recrues, ou plus exactement à la seule E. R. qui est autorisée pour 1947, et fr. 98.535 aux cours spéciaux pour sous-officiers et officiers, ainsi qu'à un cours central et aux rapports d'instruction. Notons avec regret que rien n'est prévu pour les munitions, de sorte que les recrues ne pourront guère utilement apprendre le maniement des armes.

L'indemnité pour le magasinage du matériel et l'entretien des constructions de P. A. des organismes locaux a été portée à fr. 450.000. Attendu que ce crédit intéresse particulièrement les communes, nous croyons utile de reproduire ici le texte complet du message du Conseil fédéral: «Le budget de 1946 prévoyait un crédit de fr. 57.000 pour les indemnités à payer à des tiers, dans les organismes locaux, pour l'emménagement et l'entretien du matériel de protection antiaérienne, ainsi que pour l'entretien des constructions. Cela dans l'idée que l'entretien pourrait être confié à des membres de la protection antiaérienne, convoqués à cet effet. Ce système d'indemnisation s'est révélé non seulement insuffisant, mais intenable pour les communes. Le 14 juin 1946, le Conseil fédéral a décidé, en application de l'art. 5 de l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934 sur la défense passive de la population civile contre des attaques aériennes, que la Confédération devait assumer des obligations plus étendues que ne le prévoyait le budget. Pour l'année courante, et jusqu'au moment où la protection antiaérienne sera réorganisée, il a fallu s'en tenir aux dispositions d'avant-guerre, les bases légales n'ayant pas été modifiées. La commission spéciale de protection antiaérienne partage aussi cette manière de voir.» Mentionnons en particulier, parmi les autres mesures de protection civile, un crédit de 3000 francs pour l'information de la population, devenue nécessaire du fait de la dissolution de l'ASPA.; fr. 60.000 pour l'adaptation du réseau d'alarme dans les localités où l'administration des téléphones procède à des transformations de ses propos installations, ainsi que pour un contrôle des sirènes; 5000 francs pour l'instruction des chefs cantonaux de P. A. qui devront reprendre la tâche exécutée pendant le service actif par les officiers de P. A. des états-majors territoriaux; les chefs cantonaux seront chargés d'assurer, comme avant la guerre, la liaison entre

le S.+P. A. et les communes et entreprises astreintes à des mesures de protection antiaérienne. Fr. 200.000 sont destinés au paiement de la part de la Confédération des frais de construction d'ouvrages — non militaires — de P. A. «L'arrêté fédéral du 18 mars 1937 oblige la Confédération à subventionner les constructions destinées à la protection antiaérienne, non seulement en cas de guerre, mais encore en temps de paix. Il y a lieu d'admettre», ajoute le message, «que des abris seront prévus dans les nouvelles constructions. Dans ce cas, des subventions devront être allouées conformément à l'arrêté précité».

Enfin, le D. M. F. a décidé déjà en date du 20 février 1946 que les services ordinaires de feu des établissements militaires et les services de feu de la P. A. de ces mêmes établissements devaient consti-

tuer une seule et même organisation, et que, vu les tâches incombant en temps de guerre, aux services de feu, toutes les mesures seraient prises par le S.+P. A. Les 234.217 francs mis ainsi à la charge de la P. A. ne constituent donc pas une nouvelle dépense, mais seulement un report des crédits, car les établissements militaires de la Confédération sont déjà obligés de préparer les engins de lutte contre l'incendie et de former des services de feu en leur qualité d'assurés auprès des établissements cantonaux d'assurance immobilière.

Ajoutons, pour terminer, que la majorité des deux Chambres s'est prononcée en faveur des cours de répétition de l'armée, tout en réduisant leur durée à deux semaines. Quant à la P. A., nos lecteurs savent que des cours de répétition n'ont pas été prévus du tout pour l'année 1947.

Lt. Eichenberger.

Ein schweizerisches «Walkie-Talkie» Von Gfr. M. Berthoud, Bern

Anmerkung der Redaktion. Ein Besucher des ausserdienstlichen Einführungskurses für Uebermittlungsdienst, den die LOG des Kantons Bern unter der Leitung von Hptm. Luisier, A+L durchführte, macht uns auf den folgenden Artikel aufmerksam, namentlich mit Rücksicht darauf, dass an diesem Kurs nur mit amerikanischen Fabrikaten gearbeitet wurde. Er sagt wohl mit Recht, dass im Ernstfalle die Beschaffung von Ersatzmaterial bei einem Schweizerfabrikat ungleich leichter wäre, als bei ausländischen Erzeugnissen.

In verschiedenen Zeitschriften war in letzter Zeit von kleinen, tragbaren Ultrakurzwellen-Geräten, den sogenannten «Walkie-Talkie», die Rede, welche im letzten Weltkrieg von den Amerikanern zum Einsatz gebracht wurden und auch in der Schweiz zur Vorführung gelangten.

Da diesen Geräten allgemeines Interesse entgegengebracht wird, sei hier darauf hingewiesen, dass sich die schweizerische Industrie schon seit Jahren mit der Entwicklung solcher Geräte befasst. Bereits sind verschiedene Typen auf den Markt gebracht worden, die bezüglich Leistungsfähigkeit den amerikanischen Geräten ebenbürtig sind.

Die Firma *Hasler AG.* in Bern hat z. B. schon im Jahre 1936 mit der Entwicklung von kleinen tragbaren Ultrakurzwellen-Geräten begonnen und wird demnächst einen neuen Typ auf den Markt bringen. Die gleiche Firma hat auch ein kleines, tragbares Dezimeter-Gerät entwickelt.

Bei der Entwicklung dieser Geräte galten folgende Gesichtspunkte als Grundlage:

Stabile Konstruktion, kleine Dimensionen, kleines Gewicht, einfache Bedienung (auch für Personal ohne Fachkenntnisse), grosse Leistungsfähigkeit, grosse Betriebssicherheit.

Betriebsart: Telephonie (bei Dezimeter-Gerät auch Telegraphie).

Die Vorteile der Ultrakurzwellen gegenüber den bei anderen mobilen Geräten verwendeten Kurz-, Mittel- und Langwellen, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Ausbreitungsverhältnisse, sind:

1. Es können mit leichten Geräten kleiner Abmessungen relativ grosse Entfernungen überbrückt werden.
2. Die Antennengebilde sind klein und besitzen trotzdem gute Wirkungsgrade.
3. Die Geheimhaltung des Verkehrs ist besser gewährleistet als bei Kurz-, Mittel- und Langwellen, da die Ultrakurzwellen unterhalb der in normalen Empfängern üblichen Wellenbänder liegen.
4. Der Verkehr auf diesen Wellen ist weniger durch industrielle und atmosphärische Störungen behindert, da die Stärke und Häufigkeit dieser Störfrequenzen bei kürzeren Wellenlängen erheblich abnimmt.
5. Die Ultrakurzwellen sind weitgehend frei von Fading, Jahreszeiten-, Tages- und Nachteinflüssen.
6. Der Preis derartiger Geräte ist relativ niedrig.

Um den besonderen Ausbreitungsbedingungen der Ultrakurzwellen Rechnung zu tragen, sei folgendes ausgeführt:

Die Ausbreitung erfolgt im wesentlichen quasi-optisch, d. h. ähnlich dem Licht; es sollten sich also zwischen den verkehrenden festen Posten oder Patrouillen keine wesentlichen Hindernisse befinden.